

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d



## Inhalt

34. Jahrgang / 204

23. Oktober 1979

**Kurt Gscheidle** MdB, Bundespostminister, zieht Bilanz aus zehn Jahren sozial-liberaler Politik in seinem Ressort: Erstmals umfangreiche Gebührensenkungen. Seite 1-3

Erstmals umfangreiche Gebührensenkungen

Leistungen der Post in zehn Jahren sozial-liberaler Koalition

Von Kurt Gscheidle MdB  
Bundespostminister

**Marie Schlei** MdB, Vorsitzende des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, zum 25. Jahrestag der Unterzeichnung der Pariser Verträge: Frieden und Sicherheit nur miteinander. Seite 4/5

In der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 hieß es, die Eigenständigkeit der Bundespost sei zu stärken und eine wirtschaftliche Unternehmensführung zu erleichtern. Zwar wurden die hierzu eingebrachten gesetzlichen Initiativen bisher nicht zu einem konkreten Abschluß geführt, aber es gelang in den vergangenen zehn Jahren auch dank der Anstrengungen aller Mitarbeiter, die Deutsche Bundespost zu einem hochtechnisierten und wirtschaftlich unabhängigen Dienstleistungsunternehmen zu entwickeln. Dieser Leistungsstandard wird auch international anerkannt. Zahlen verdeutlichen diese Entwicklung:

**Axel Wernitz** MdB, Vorsitzender des Bundestagsinhaltsausschusses, wendet sich gegen Kompetenzgerangel und wahlkampfaktive Attacken der CDU/CSU in Sachen Drogenmißbrauch: Konzentrierte Aktion notwendig. Seite 6/7

Der Eigenkapitalanteil konnte von 26,2 auf 37,3 Prozent (1978) verbessert werden. Der Kostendeckungsgrad des Gesamtunternehmens wurde in dieser Zeit von 97,9 auf 111,4 Prozent verbessert. Während sich die Situation im Postwesen nur geringfügig verändert hat (1969: 81,5, 1978: 80,1 von Hundert), hat sich das Fernmeldewesen deutlich verbessert (1969: 113,4, 1978: 135,1 von Hundert). Hier zeigt sich, daß die positive wirtschaftliche Entwicklung der Post im wesentlichen durch ein enormes Wachstum im Fernmeldewesen bedingt ist, während im Postwesen insgesamt nur ein leichtes Wachstum zu verzeichnen ist. So wuchs die Zahl der beförderten Briefsendungen von 10,2 auf 12,2 Milliarden. Im Paketdienst hat sich die Nachfrage nach anfänglichen leichten Rückgängen trotz erheblicher Konkurrenz seit 1975 stabilisiert (etwa 265 Millionen Paketsendungen pro Jahr). Bei den Bankdiensten wiederum ist eine Zunahme des Geschäfts festzustellen: Die Zahl der Konten hat im Postscheckdienst von 2,6 auf 3,7 Millionen und im Postsparkassendienst von 15,4 auf 18,3 Millionen zugenommen.

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1



Weit größer ist der Zuwachs im Fernmeldewesen: Die Zahl der Fernsprechhauptanschlüsse stieg auf mehr als das Doppelte (1969: 7,7, 1978: 17,6 und inzwischen sind wir bei 19 Millionen). Auch die Zahl der Ortsgespräche verdoppelte sich fast (von 6,2 auf 11,3 Milliarden), ebenso wuchs die Zahl der Ferngespräche von fast drei Milliarden auf rund 6,4 Milliarden pro Jahr.

Die Ursachen der inzwischen erreichten wirtschaftlichen Konsolidierung der Deutschen Bundespost sind vielfältiger Art. Neben den Gebührenanhebungen der Jahre 1971, 72 und 74 und den Kapitalhilfen des Bundes wirkten sich vor allem zahlreiche Rationalisierungsmaßnahmen aus und nicht zuletzt die erhebliche Verbesserung des Dienstleistungsangebots. Schließlich half ein in diesem Ausmaß nicht vorherzusehender Boom in der Nachfrage nach Fernsprechhauptanschlüssen kräftig die Ertragslage zu verbessern, vor allem auch, weil bereits installierte Kapazitäten genutzt werden konnten.

Organisatorische Maßnahmen schafften die Voraussetzungen für eine effektivere Leitung des Unternehmens. Das Ministerium erhielt 1971 die Organisation einer nach modernen Methoden zentral gesteuerten Unternehmensgesamtplanung sowie Revision und Erfolgskontrolle. Die mittlere Lenkungsstufe wurde sodann 1976 mit der Verringerung der Zahl der Oberpostdirektionen neu organisiert. Auch auf Ämterebene sind strukturelle Änderungen durchgeführt worden, teilweise in engem Zusammenhang mit kommunalen Neugliederungen.

Mit der Gründung der Führungsakademie der Deutschen Bundespost im Jahre 1969 erhielt das Unternehmen ein Instrument zur Fortbildung seines Managements, das seine Bewährungsprobe inzwischen bestanden hat.

Der innerdeutsche Post- und Fernmeldeverkehr erzielte in den 70er Jahren einen entscheidenden Durchbruch. Aufgrund von Vereinbarungen zwischen der Deutschen Bundespost und dem DDR-Postministerium im Jahre 1970 wurde zum Beispiel im Jahre 1971 der seit 1952 unterbrochene Fernsprechverkehr zwischen West- und Ostberlin wieder aufgenommen. Weitere Vereinbarungen folgten. So konnten inzwischen zahlreiche neue Fernsprechleitungen im Verkehr mit der DDR und Berlin (Ost) geschaltet sowie Erleichterungen im Geschenkpaket- und -päckchenverkehr erreicht werden.

Das Jahr 1978 wird als Wende in der Gebührenpolitik der Post angesehen. Während Gebührenänderungen in der Vergangenheit in der Regel dazu dienten, die Einnahmen den gestiegenen Kosten anzupassen, wurden im Jahre 1978 erstmals umfangreiche Gebührensenkungen beschlossen. Ausgangspunkt der Maßnahmen war die ungleiche Ertragsentwicklung der beiden Unternehmensbereiche Post- und Fernmeldewesen. Während man den steigenden Kosten im personalintensiven Postwesen nur durch maßvolle Gebührenanhebungen (circa eine Milliarde DM jährlich) begegnen konnte, waren im Fernmeldewesen aufgrund der guten Erträge spürbare Gebührensenkungen (zunächst circa 1,6 Milliarden DM jährlich) möglich. Da diese günstige Entwicklung weiter anhält, können im kommenden Jahr die Gebühren um circa zweieinhalb Milliarden weiter gesenkt werden. Darüber hinaus wird nach gründlicher Erprobung im kommenden Jahr mit der Einführung eines neuen Tarif-



systems - Nahdienst mit Zeitzählung - begonnen, das für die Fernsprechkunden weitere erhebliche Gebührenvorteile bringt.

Seit 1974 werden bereits sogenannte Sozialanschlüsse als gebührenbegünstigte Fernsprechan-schlüsse angeboten. Sie ermöglichen auch den sozial Schwächeren die telefonische Kommunikation. Inzwischen gibt es schon 700.000 Sozialanschlüsse.

Mit Einführung des Nahdienstes wird diese soziale Komponente weiter verstärkt. Bürger, die besonders auf den Fernsprecher angewiesen sind, also vorwiegend Rentner und Schwerbehinderte, erhalten weitere Gebührenvergünstigungen.

Mit ihrem gesetzlichen Auftrag zur Versorgung der Volkswirtschaft mit Dienstlei-stungen des Post- und Fernmeldewesens verbindet die Post zunehmend die Verpflichtung, die Bedürfnisse ihrer Kunden durch Marktforschung und Marktbeobachtung besser zu erkennen und ihnen rechtzeitig zu entsprechen. Daneben bemüht sich das Unternehmen zum Beispiel erfolgreich darum, Großkunden im Rahmen von Kooperationsverträgen mög-lichst rationell durch Rationalisierung von Betriebsabläufen, Vorsortierung et cetera zum beiderseitigen Vorteil zu bedienen.

Da bis 1985 voraussichtlich jeder Haushalt über ein Telefon verfügt, sollen zunehmend neue Dienste dazu beitragen, daß der Bürger dieses Landes auch in Zukunft neue Techno-logien nutzen kann. Dabei richten sich die Bemühungen der Deutschen Bundespost in erster Linie auf solche neuen Telekommunikationsdienste, die sich auf der Basis des bestehenden Fernmeldenetzes realisieren lassen. Die intensive Nutzung des technischen Fortschritts, zum Beispiel durch die Glasfaser, spielt hierbei eine wichtige Rolle.

So gehört die Post mit dem zu Beginn dieses Jahres aufgenommenen Telefaxdienst inter-national zu den Pionieren auf diesem Gebiet. Weitere Dienste wie Bildschirmtext wer-den folgen. Dank moderner Technologien werden auch in Zukunft von der Post neue und verbesserte Leistungen zu günstigen Preisen angeboten werden. (-/23.10.1979/ks/ca)

+ + +



Frieden und Sicherheit nur miteinander  
-----

Vor 25 Jahren wurden die Pariser Verträge unterzeichnet

Von Marie Schlei MdB

Vorsitzende des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD nahm zu den Pariser Verträgen von 1954 eine kritische Haltung ein. Ein Anlaß dafür ist in der schon 1952 von Konrad Adenauer angestrebten Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu suchen.

Unter Führung ihres damaligen Vorsitzenden Kurt Schumacher sträubte sich die Sozialdemokratie mit allen Kräften gegen eine einseitige politische und militärische Bindung der damals jungen Bundesrepublik Deutschland, weil dadurch der Weg zur Einheit unseres geteilten Volkes nicht erleichtert, sondern eher erschwert, wenn nicht für unabsehbare Zeiten ganz und gar unmöglich werden würde.

Für ihre Befürchtungen hatte die SPD Grund genug: Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer nahm in Kauf, daß durch seine Politik der Weg zur Einheit des deutschen Volkes verbaut wurde. Ging es den drei westlichen Besatzungsmächten um die politische und militärische Einbindung der Bundesrepublik Deutschland, so war Konrad Adenauer der eifrigste Befürworter dieser Politik; ging es hingegen den Alliierten um Deutschland, verhinderte er mit Erfolg somit auch einen gesamteuropäischen Dialog und jeden Ansatz zum Gespräch der Westmächte mit der Sowjetunion.

Kennzeichnend dafür ist die Notiz im Tagebuch des damaligen Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Heinrich Krone, vom 15. Mai 1954, "der Kanzler lehne jede Alternativ-Politik ab, es gehe um den Vertrag zur EVG, dieser dürfe nicht scheitern, nur jetzt keine Diskussion über Pläne, mit der östlichen Welt ins Gespräch zu kommen, dies würde unserer Position schaden."

Nachdem der EVG-Vertrag am Veto der französischen Nationalversammlung 1954 gescheitert war, legte im September 1954 die Londoner Neun-Mächte-Konferenz neue Entwürfe zur Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungs-System vor.

Wieder gab es für Adenauer keine neue Auslotung aller Möglichkeiten. Für die SPD als Opposition war es eine selbstverständliche Pflicht, auf die Konsequenzen der von der Regierung für gut befundenen Verträge kritisch hinzuweisen.

Dies übernahm Herbert Wehner in der zweiten Lesung zur Ratifizierung der Pariser Verträge am 23. Oktober 1954 im Deutschen Bundestag:

"Was die Verteidigung des Volkes und Landes betrifft, so hat die Sozialdemokratie über Verteidigung, Schutz und Sicherheit sehr verpflichtende Auffassungen; und gerade diese



sind es, die uns bewegen - und viele mit uns -, wenn wir uns in den Verträgen der Tatsache gegenübersehen, daß die Lösung, die uns mit diesen Verträgen vorgelegt wird, nämlich die Einbeziehung des militärischen Beitrags der Bundesrepublik in die nordatlantische Militärallianz, zur Folge haben würde, daß der sowjetisch besetzte Teil unseres Vaterlandes unwiderruflich in einen sowjetischen Militärblock eingeschmolzen würde. Wir wären eine Nation, aber geteilt und zugehörig den zwei einander gegenüberstehenden Blöcken. Wir Deutschen würden damit der seltsamsten und wahrscheinlich auch verhängnisvollsten Form einer Neutralisierung Deutschlands gegenüberstehen, die in der Verschmelzung der Teile in die Blöcke und in einer eigentümlichen Art von Balance bestehen würde."

Niemals haben Sozialdemokraten an ihrer Treue zu den durch die westliche Integration entstandenen Bündnisverpflichtungen Zweifel aufkommen lassen.

Die Sozialdemokraten waren nicht gegen die europäische Integration an sich. Vielmehr lehnten sie Teillösungen und einseitige Bindungen in militärische Blöcke ab. So ging es der Sozialdemokratie zum Beispiel auch in der Frage der Einrichtung der Montan-Union um eine Gemeinschaft, in der alle Partner gleichberechtigt wären.

Sie setzte sich ein für eine europäische Lösung, die auch den anderen Staaten, vornehmlich auch in Osteuropa, die Möglichkeit des Beitritts zu dem europäischen Ganzen offenhielt.

Die Analysefähigkeit und die Kraft der Sozialdemokratie, aus dem Wechsel entscheidender Bedingungen die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, wurden in der historischen Rede Herbert Wehners vom 30. Juni 1960 verdeutlicht.

Aber dem Ja der Sozialdemokraten zu den Römischen Verträgen, dem Ja zu dem westlichen Verteidigungs-System mußte eine Politik entsprechen, die das friedliche Nebeneinander aller europäischen Völker garantierte und ihnen den Eintritt in die europäische Völkerfamilie öffnete.

Diese Politik - die Politik der Entspannung, des Ausgleichs mit den osteuropäischen Völkern und der Friedenssicherung - wurde vor zehn Jahren von Willy Brandt und Walter Scheel eingeleitet.

Die Logik dieser Politik wurde schließlich bestätigt. Mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) schufen sich alle europäischen Staaten unter Einfluß der USA und Kanadas ein ständiges euroäisches Forum der vertrauensbildenden Zusammenarbeit in allen Bereichen und der Sicherung des Friedens.

Frieden und Sicherheit kann es nicht voreinander, sondern nur miteinander geben.  
(-/23.10.1979/ks/ca)

+ + +



### Konzertierte Aktion gegen Drogenmißbrauch notwendig

---

Gegen Kompetenzgerangel und wahlkampfaktische Attacken der CDU/CSU

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses

Die Rauschgiftsituation in der Bundesrepublik Deutschland hat sich wie in anderen Ländern weiter verschärft. Der illegale Drogenhandel und -konsum nimmt zu. Einigermaßen gesichert erscheint die Jahreszahl von wenigstens 40.000 Verbrauchern harter Drogen. Bei 447 Drogentoten bis 30. September 1979 gegenüber 430 Toten 1978 muß mit 600 bis 700 oder gar mit mehr Todesfällen für dieses Jahr gerechnet werden. Diese und andere Zahlen kennzeichnen eine Situation, die allseits als ernst und bedrohlich bewertet wird.

Und in der Tat wurde bisher auf vielen Ebenen in Bund, Ländern und Gemeinden und auch international Beachtliches im Kampf gegen das Rauschgift geleistet. Jetzt aber geht es um die Einsicht aller Verantwortlichen und Engagierten in Exekutive und Legislative, diese Anstrengungen noch um ein Vielfaches zu steigern.

Angesichts dieser Aufgabe wäre es geradezu unverantwortlich, zwischen den Ressorts auf Bundesebene einen Streit über die Kompetenzen bei der Rauschgiftbekämpfung vom Zaune zu brechen. Jedes Ressort sollte in der Sache so motiviert sein, als ob es federführend wäre und gleichzeitig einsichtig genug, die eigenen Aktivitäten in ein umfassendes Konzept einzubringen. Ein derartiges aktuelles Aktionsprogramm zur Rauschgiftbekämpfung bedingt ein Zusammenwirken nahezu aller Bundesministerien, denn der Bogen spannt sich vom sicherheitspolitisch-polizeilichen über das Strafrecht zur Aufklärung und Therapie im umfassenden Sinne. Die anvisierte interministerielle Arbeitsgruppe des Kabinetts unter Federführung des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit muß rasch an die Arbeit gehen, wobei es letztlich eben nicht auf die Federführung des einen oder anderen Ressorts ankommt, sondern darauf, daß eine weitere Verstärkung der Aktivitäten im Kampf gegen die Drogen erreicht wird. Vor dem Hintergrund der Opfer und des Drogenelends hätte niemand



Verständnis für einen prestigebetonten Streit zwischen einzelnen Ressorts. Dies gilt es rechtzeitig einzusehen.

Leider hat in den letzten Wochen die Opposition auch auf dem Feld der Rauschgiftbekämpfung der Versuchung nicht widerstanden, vordergründig wahltaktisch motivierte "Schuldzuweisungen" über angebliche Versäumnisse an die Bundesregierung beziehungsweise die sozialliberale Koalition zu propagieren. So etwa auch im Innenausschuß des Bundestages. Diese untauglichen und auch unfairen Versuche sind angesichts der Fakten aber auch der Komplexität der Rauschgiftproblematik peinlich und bedrückend. Man kann der Opposition im Interesse der Drogenopfer und der betroffenen Familien nur wünschen, daß sich bei ihr jene Kräfte durchsetzen können, die dieses Feld nicht auch noch zu einem Objekt der Sonthofener Konfliktstrategie machen wollen.

Schließlich ist unbestritten, daß durchschlagende Erfolge im Kampf gegen das Rauschgiftangebot und bei der Zurückdrängung der Nachfrage nur in engem Miteinander zwischen Bund und Ländern durchsetzbar sind. Wir brauchen also auch eine konzertierte Aktion zwischen Bund und Ländern. Es sollte eigentlich nicht ausgeschlossen sein, daß sich der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten nach entsprechender Vorbereitung durch die Exekutivbehörden bei Bund und Ländern auf ein bundesweit angelegtes Aktionsprogramm zur intensivierten Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und -konsums verständigen. Damit könnte nicht nur ein wichtiges und hoffnungsvolles Signal nach innen gesetzt werden, es wäre auch ein Signal im internationalen Bereich, denn auch auf internationaler Ebene muß weiterhin beharrlich daran gearbeitet werden, den Kampf gegen die Drogen noch effektiver zu gestalten. Was wir bräuchten, wäre ein spezifisches "Zukunftsinvestitionsprogramm" zur Meisterung der Drogenproblematik, an dem sich Bund, Länder und Gemeinden, aber auch zahlreiche gesellschaftliche Gruppierungen, Organisationen und Institutionen beteiligen müßten. Es handelt sich hier um eine gesamtstaatliche und vordringliche gesellschaftspolitische Aufgabe zugleich.

(-/23.10.1979/vo-he/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

